



Presseschau vom 12.05.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

wpered.su: Am 11. Mai fand in Donezk ein Festzug aus Anlass des Tages der Republik statt, an dem die KP der DVR teilnahm.

„Am 11. Mai 2014 sprachen sich bei dem Referendum 2.511.000 Menschen für die Donezker Volksrepublik aus“, teile in einem Kommentar für den Journalisten von „Wperjod“ der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow mit. „In einer seiner Reden sagte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, dass jeder Einwohner der DVR seine Heldentat getan hat. Und wirklich, die bewaffneten Organe und die örtlichen Staatsorgane waren damals Kiew untergeordnet, deshalb hat ein Bürger, der zum Wahllokal ging und abgestimmt hat und die Wahl, die am 7. April getroffen wurde, bestätigt hat, eine kleine Heldentat getan. Und für ihre Wahl sind die Menschen bereit, bis zum Ende zu kämpfen“. Im Jahr 2014 war Boris Litwinow für die Durchführung des Referendums verantwortlich. Er dankte allen, die daran teilgenommen haben. Nach seinen Worten haben bei der Organisation etwa 24.000 Menschen mitgewirkt.

„Selbst in sowjetischer Zeit habe ich nicht einen solchen Enthusiasmus erlebt wie beim Referendum vor zwei Jahren. Die Menschen, die heute auf die Demonstration gekommen sind, bestätigen, dass die Sache, die wir vor zwei Jahren begonnen haben, sich in zuverlässigen Händen befindet“, fuhr er fort.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2016/05/parad_11.01_16_34_07.nepodvizhnoe-izobrazhenie004-300x169.jpg

Vormittags:

Lug-info.com: Aufruf des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij zum Tag der Republik

Geehrte Mitbürger! Liebe Landsleute!

Ich gratuliere Ihnen zum zweiten Jahrestag der offiziellen allgemeinen Anerkennung unserer Republik!

Wir sind zusammen standhaft und direkt diesen Weg gegangen: von den ersten friedlichen Massenkundgebungen, auf denen die Menschen gegen den bewaffneten Staatsstreich in Kiew demonstrierten, zum Referendum am 11. Mai.

Dieses historische Ereignis war nicht nur ein Mittel zur freien Willensäußerung des Volkes, sondern auch ein Mittel der Verteidigung gegen die Maidan-Aggression. Denn die damalige selbsternannte und illegitime ukrainische Regierung ging anstelle eines Dialogs mit dem Donbass, zu dem wir aufriefen, sofort auf den Weg der Beleidigung, der Drohungen, der Entführung unserer Aktivisten über, rief die absolut verfassungswidrige „ATO“ aus und setzte die Armee gegen friedliche Bürger ein.

Indem wir die staatliche Selbständigkeit der LVR ausriefen, haben wir unser Territorium und die Menschen der Unterordnung unter ein nazistisches Regime entzogen. Und das Referendum, die höchste Form der direkten Demokratie, bestätigte die juristische Grundlage unseres Staats.

Leider hat die Maidan-Regierung ihr unmenschliches und undemokratisches Wesen gezeigt, die Willensäußerung des Volkes nicht berücksichtigt und gegen uns einen echten Krieg entfacht. Wir geben zu, wir waren zu einer solchen niedrigen Härte nicht bereit. In der Folge wurde unser Weg nach Hause, in die russische Welt länger und schwieriger. Aber die Richtung, die durch das Referendum bestätigt wurde, war und bleibt richtig und unverändert. In diesen beiden Jahren sind wir durch Prüfungen gegangen, die durchaus vergleichbar sind mit denen, die unsere Großväter und Urgroßväter während des Großen Vaterländischen Kriegs heldenhaft überstanden haben. Wir haben standgehalten, durchgehalten und sind stärker geworden. Jetzt steht unsere Republik fest auf den Füßen und ist bereit zu einer dynamischen Entwicklung. Bis zur Normalisierung des Lebens haben wir noch viel zu tun, aber wir haben dafür die Kräfte und die Erfahrung und die Unterstützung des brüderlichen Russland.

Von Herzen wünsche ich jedem Bürger und Landsmann seinen Platz in diesem Prozess zu finden und bei der Stärkung der Republik seine Talente und Wünsche zu realisieren.

Gemeinsam und zusammen machen wir die LVR zu einem Gebiet des Friedens, des Glücks und des Erblühens!

Das Oberhaupt der LVR, I. W. Plotnizkij

Ukrinform.ua: Die Ukraine beschuldigt Russland offiziell der Unterstützung des Terrorismus. Die Russische Föderation führt seit mehr als zwei Jahren subversive Aktionen gegen die Ukraine durch, sie unterstützt den Terrorismus im Donbass und zwingt den Ländern im postsowjetischen Raum die „russische Welt“ auf, auch mit Hilfe von Terroranschlägen. Mit dieser Erklärung trat am Mittwoch in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates Wolodymyr Jeltschenko auf, Ständiger Vertreter der Ukraine in der Organisation, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in den USA.

„Seit mehr als zwei Jahren ist die Ukraine das Opfer der Aggression ihres Nachbarn - der Russischen Föderation. Russland hat illegal einen Teil des Territoriums der Ukraine - die Autonome Republik Krim und die Stadt Sewastopol – vorübergehend besetzt und versucht, sie zu annektieren. Sie fährt mit feindseligen und subversiven Aktionen fort, durch die Unterstützung des Terrorismus im Donbass“, erklärte der ukrainische Diplomat.

Er betonte, dass Moskau eine Vielzahl von Technologien des Hybridkrieges verwendet, einschließlich der Finanzierung des Terrorismus, um die Ideologie der sogenannten „russischen Welt“ zu fördern. „Diese neo-imperialistische Ideologie lässt die Verletzung des Völkerrechts, der Menschenrechte, das Begehen von schweren Verbrechen, einschließlich der Terroranschläge, zu“, sagte der Vertreter der Ukraine.

Er wies dabei darauf hin, dass die brutale und lästerliche Propaganda, die durch die staatlichen Medien in Russland verbreitet wird, eines der Hauptelemente der Hybrid-Aggression Russlands sei. „Wir finden, dass die gefährlichste Situation dann entsteht, wenn solche Manipulationen auf der Ebene der staatlichen Politik auftreten. Nach internationalem Recht sind die Staaten verpflichtet, solche Beteiligung zu unterlassen und die Terrorakte zu verhindern“, erinnerte Jeltschenko.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben am Abend und in der Nacht 76 Mörsergranaten auf die frontnahen Bezirke der DVR in südlicher Richtung abgeschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte begann um 18:45 Uhr und endete um 1:15 Uhr. Insgesamt wurden 23 Mörsergranaten des Kalibers 82mm und 53 des Kalibers 120mm abgeschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Neben Mörsern verwendete der Gegner auch Panzer, schwere Maschinengewehre, Granatwerfer und Schusswaffen.

Nach Angaben der Quelle wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Awdejewka, Schirokino, Berdjanskoje und Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk, Nikolajewka** und **Sachanka** geschossen.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Keine noch so groß angelegte Terrorbekämpfung rechtfertigt eine Ablösung legitimer Regierungen durch Gewalt. Sie darf nie zu einem „Nachschneiden der geopolitischen Decke“ führen, wie der UN-Botschafter Russlands, Vitali Tschurkin, meint. In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung machte Tschurkin auf eine beispiellos hohe terroristische Aktivität in Europa und auf anderen Kontinenten aufmerksam. Außerdem hielten die Terrorgruppierungen immer noch auch umfangreiche Territorien in Libyen, Syrien und dem Irak unter ihrer Kontrolle.

Nährboden dafür hätten „die Intervention im Irak 2003, die Zerstörung des Staatswesens in Libyen 2011 sowie der vergleichbare Versuch in Syrien“ bereitet, so der russische Diplomat weiter. Der wichtigste Punkt auf der internationalen Tagesordnung müsse nun die Schaffung einer internationalen Anti-Terror-Koalition sein, wozu der russische Präsident Wladimir Putin schon im letzten Jahr bei der UN-Vollversammlung aufgerufen hatte.

„Wir müssen zu der Konzeption ‚der Frieden ist unteilbar‘ zurückkehren und einsehen, dass die Gewährleistung der eigenen Sicherheit auf Kosten Anderer die internationale Sicherheit untergräbt“, sagte Tschurkin.

Er warnte weiter vor einem „Zerschneiden der geopolitischen Decke“ und einer Ablösung

legitimer Regierungen, wie es in der Ukraine der Fall war.

„Es darf keine Erweiterung des Machtbereiches stattfinden, was aktuell infolge der unaufhaltsamen Ausweitung der Nato passiert, sowie keine militärische Dominanz angestrebt werden, worauf das globale Abwehrsystem der USA abzielt“, fügte der Botschafter hinzu.

Die wichtigste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft bestehe Tschurkin zufolge in einer unverzüglichen Regelung der Syrien-Krise.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30978/60/309786032.jpg>

Wpered.su: Am 11. Mai fand in Donezk eine festliche Veranstaltung zum Tag der Republik statt. An ihre nahm der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats des SKP-KPSS, der Sekretär des ZK der KPRF Kasbek Tajsajew teil.

„In der Staatsduma haben wir einige Male die Frage aufgeworfen, dass es notwendig ist, die Ergebnisse des Referendums anzuerkennen“, erklärte gegenüber dem Journalisten von „Wperjod“ Kasbek Tajsajew. „Wir sind ein Volk, wir haben den gleichen Glauben und die gleiche Geschichte, deshalb müssen wir die russische Welt verteidigen. Derzeit schicken wir den 54. humanitären Konvoi in die DVR. Einige Einwohner der Republik kamen zu uns und sagten, dass die humanitären Hilfe sie vor dem Hungertod gerettet hat“.

Kasbek Tajsajew berichtete auch von seinen Eindrücken beim Besuch der festlichen Demonstration. Nach seinen Worten sind die Bürger der DVR von Enthusiasmus erfüllt und stolz auf das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko.

Nachmittags:

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Volksmiliz der LVR gratuliert den Einwohnern der LVR zum Tag der Republik.

„Im Namen des Kommandos der Volksmiliz möchte ich unserer jungen Republik zum zweiten Jahrestag der Durchführung des Referendums zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gratulieren sowie zur Schaffung der LVR“, sagte Marotschko.

„Damals, am 12. Mai 2014 hat unsere Republik ihren Weg der Unabhängigkeit gewählt. Unabhängigkeit von der käuflichen Kiewer Regierung, vom Blutvergießen auf dem „Maidan“, von Faschismus und Nationalismus, die in der Ukraine vorherrschend wurden. In diesen beiden Jahren haben wir eine ganzheitliche, nicht von der Kiewer Junta abhängige Republik geschaffen“, fügte er hinzu.

Marotschko sagte, dass „die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich verändert hat, sie ist weiter angespannt mit einer Tendenz zur Verschärfung und weiteren Eskalation des Konflikts im Donbass“.

Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung durch die ukrainische Seite wurden in den letzten 24 Stunden nicht festgestellt.

„Gleichzeitig werden von unserer Aufklärung weiterhin Fakten von Lieferung ausländischer Militärtechnik an die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie registriert. So sind in Lisitschansk zwei Züge mit ausländischer Technik eingetroffen und wurden ausgeladen, wahrscheinlich türkischer Herkunft. Nach dem Ausladen wurde die Technik im Gebiet von Sewerodonezk konzentriert“, erklärte Marotschko.

„Die militärisch-politische Führung der Ukraine führt weiterhin eine Verstärkung der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte mit nationalistischen Bataillonen durch. In Nishneteploje, Artjom und Petrowka sind Abteilungen des 24. Sturmbataillons „Ajdar“ eingetroffen. Diese Soldaten wurden wahrscheinlich zur Durchführung provokativer Handlungen während der Feiern zum Tag der Republik geschickt“, fügte der Major hinzu.

„Auf diese Weise hat Kiew vor, eine Verstärkung der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte mit nationalistischen Bataillonen durchzuführen, um provokative Handlungen durchzuführen, die sowohl auf die Abteilungen der Volksmiliz als auch gegen die friedliche Bevölkerung in der Nähe der Kontaktlinie gerichtet sind“, endete er.

De.sputniknews.com Ein ukrainisches Gericht hat den Journalisten Ruslan Kotsaba zu 3,5 Jahren Haft verurteilt und sein gesamtes Eigentum beschlagnahmt. Kotsaba habe zur Wehrdienstverweigerung aufgerufen und die Arbeit der ukrainischen Streitkräfte behindert, wie das Nachrichtenportal Korrespondent.net am Donnerstag berichtet.

Der Grund für Kotsabas Urteil war eine Videonachricht mit dem Aufruf, sich dem Einzug in die ukrainische Armee zu verweigern. So solle der Bruderkrieg im Südosten des Landes beendet werden.

In seinem letzten Wort im Gerichtssaal wandte sich der Journalist mit der Bitte an alle Medienschaffende, bei der Berichterstattung über den Donbass-Konflikt objektiv zu sein. Im Februar wurde Kotsaba vom ukrainischen Geheimdienst SBU wegen Verdachts auf Hochverrat und Spionage festgenommen.

Im Januar hatte der Journalist ein Video veröffentlicht, welches, offiziell dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gewidmet, „alle vernünftigen Menschen“ dazu aufrief, sich einem Einsatz mit der ukrainischen Armee im Konflikt um den Donbass zu entziehen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30979/35/309793551.jpg>

Ukrinform.ua: Nach einer Reihe von Durchsuchungen auf der besetzten Krim, die am 12. Mai durchgeführt wurden, hat das ukrainische Außenministerium von Russland Ende der Repressionen gefordert.

„Wieder Durchsuchungen auf der Krim. Einschüchterung, Verfolgung von Krimtataren. Wir fordern den Besatzer auf, die Repressionen zu stoppen“, schrieb die Sprecherin des Außenamtes, Mariana Betsa, auf Twitter.

Zair Samedow, Leiter des Kurultai des krimtatarischen Volkes berichtete am Donnerstagmorgen über Durchsuchungen in den mindestens fünf Häusern der Muslime in der Stadt Bachtyschysaraj. Ein lokales Café wurde auch von bewaffneten Sicherheitsbeamten durchsucht.

Nach Angaben der sogenannten „Staatsanwältin“ der Krim, Natalia Poklonskaja, wurden in Bachtyschysaraj vier Anhänger der Organisation „Hizb-ut Tahrir“ im Rahmen der laufenden Ermittlungen festgenommen. Gegen drei Menschen sei ein Kriminalverfahren eingeleitet worden.

Die ukrainischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen berichteten mehrmals über die Verschlechterung der Menschenrechtslage auf der Krim nach ihrer Annexion durch Russland. Besondere Repressionen gibt es gegen die Krimtataren und die proukrainische Bevölkerung der Halbinsel.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Parlament hat die Umbenennung von 76 Ortschaften in den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Territorien der Gebiete Lugansk und Donezk beschlossen, wie der ukrainische Fernsehsender „112 Ukraine“ am Donnerstag berichtet. 245 Abgeordnete stimmten dem Entwurf der Verordnung zu, wobei schon 226 Stimmen genügt hätten.

Die Umbenennung wurde im Rahmen der Politik der „Dekommunisierung“ entsprechend dem Gesetz „Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propaganda ihrer Symbolik“ vorgenommen.

So wurde die Stadt Tores (benannt nach dem Ex-Vizepremierminister und Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Frankreichs Maurice Thorez) in Tschistjakowo, die Stadt Krasnyj Lutsch (wörtlich „Roter Strahl“) in Chrystalnyj, die Stadt Stachanow (benannt nach dem Bergmann Alexei Stachanow, der in den 30er Jahren zur Symbolfigur der sowjetischen Kampagne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wurde) in Kadijewka, Telmanowo (benannt nach dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst Thälmann) in Bojkowskoje, die Stadt Krasnodon (wörtlich von „Rot“ und „Don“, dem Namen eines Flusses, gebildet) in Sorokino, Junokommunarowsk (wörtlich von „jung“ und „Kommunarde“ gebildet) in Bunge, die Städte Wachruschewo, Swerdlowsk und Kirowsk (benannt nach den bedeutenden sowjetischen Staats- und Parteifunktionären Wassilij Wachruschew, Jakow Swerdlow und Sergej Kirow) in Bokowo-Chrystalnzj, Dowschansk bzw. Golubowka umbenannt.

Ab dem 2. April ist die Verordnung des ukrainischen Parlaments über die Umbenennung von 151 Dörfern, einer Siedlung und einer Stadt in 16 anderen ukrainischen Gebieten in Kraft getreten.

Das Gesetz „Über die Verurteilung des kommunistischen und des nationalsozialistischen totalitären Regimes in der Ukraine und das Verbot der Propaganda ihrer Symbolik“ war am 9. April 2015 vom ukrainischen Parlament verabschiedet worden. Demnach sollen die Gemeinden alle Gebiete, Bezirke, Städte, Dörfer, Straßen und andere Toponymen umbenennen, deren Namen auf die Sowjetzeit zurückzuführen sind.

Insgesamt sollen 941 ukrainische Ortschaften neue Namen bekommen.

Zudem sollen alle Denkmäler abgerissen werden, die berühmte Persönlichkeiten der Sowjetperiode darstellen. Zuvor hatte der ukrainische Kulturminister Wjatscheslaw Kyrilenko die Schaffung eines Totalitarismus-Museums in Aussicht gestellt, in dem alle abgerissenen Denkmäler aufbewahrt werden sollen.

Die Umbenennung aller Orte und Straßen sowie der Abriss der Denkmäler sollen bis zum 21. Mai abgeschlossen werden.

Dan-news.info: Die Behörden der Städte und Bezirke der DVR halten die Umbenennung von

Ortschaften der DVR durch die Oberste Rada der Ukraine für ungesetzlich. Dies teilten heute Vertreter der örtlichen Verwaltungen mit.

Heute hat die Oberste Rada der Ukraine eine EntschlieÙung über die Umbenennung einer Reihe von Ortschaften auf dem Territorium der DVR und der LVR beschlossen. Mit „Ja“ stimmen 245 Abgeordnete. GemäÙ den erläuternden Unterlagen sollen im ehemaligen Donezker Oblast fast 40 Ortschaften umbenannt werden. Unter anderem wurde aus Junokomunarowsk im Jenakiewskij-Bezirk Bunga, aus Kirowskoje – Krestowkoje, Komsomolskoje im Starobeschewo-Bezirk Kalmiucsskij, Tores – Tschistjakow. AuÙerdem soll der Telemonowo-Bezirk die neue Bezeichnung Bojkowskij erhalten.

„Kiew hat keinerlei Recht Städte umzubenennen, wo ihre Regierung nicht zuständig ist“, sagte das Oberhaupt von Jenakiewo Jurij Silwanskij. „Wir haben dazu keinerlei Beziehung und wir haben nicht die Absicht den Namen unserer Stadt zu ändern“.

„Tatsächlich hieÙ Tores früher Tschistjakowo, aber das ist sehr lange her. Jetzt heiÙt die Stadt anders und es lohnt sich nicht, sich mit diesem weiteren Verhalten der ukrainischen Regierung zu befassen“, sagte der Bürgermeister von Tores Alexandr Serikow.

Das Oberhaupt des Telmanowo-Bezirks, den die ukrainische Regierung in Bojkowskij umbenannt hat, sagte, dass man solche Handlungen Kiews nicht ernst nehmen kann.

„Ich verhalte mich dazu ohne die geringste Ernsthaftigkeit, im Gegenteil, mit Belustigung“, sagte er. „Der Telmanowo-Bezirk war der Telemanowo-Bezirk und so wird es bleiben“.

Lug-info.com: Kiew wird durch keinerlei Umbenennung von Ortschaften des Donbass die Zeit zurückdrehen können. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

So kommentierte er den heutigen Beschluss des Obersten Rada der Ukraine über eine Umbenennung von 74 Ortschaften in drei Bezirken des Donbass im Rahmen der sogenannten „Dekommunisierung“.

„Sie weigern sich das Geschehene wahrzunehmen und interpretieren die Realität auf der Grundlage der eigenen kranken Vorstellungen“, meint Dejnego.

„Die Republiken existieren objektiv, sie sind als selbständige Staatsbildungen entstanden und keinerlei Umbenennungen können sie Zeit zurückdrehen“, meint er.

„Der einzige Weg in die Realität zurückzukehren ist, die gegenseitigen Beziehungen im Rahmen des Minsker Prozesses einer friedlichen Regelung in Ordnung zu bringen“, unterstrich der bevollmächtigte Vertreter bei den Verhandlungen in Minsk.

„Aber für einen Übergang zu seiner Erfüllung ist es mindestens notwendig anzuerkennen, dass die Situation so ist, wie sie tatsächlich ist, einen anderen Ausweg aus dem Konflikt gibt es nicht. Nur eine vollständige Realisierung der Minsker Vereinbarungen, beginnend mit den Verfassungsreformen, der Realisierung des besonderen Status, eines vollständigen Verbots der Verfolgung in Zusammenhang mit den Ereignissen im Donbass, die Abstimmung der Modalitäten, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den von der Normannischen Vier vorgeschlagenen Zeiträumen kann der Ukraine die Möglichkeit geben, zur Frage der Regulierung des Konflikts zurückzukehren“, sagte er.

„Aber leider sehen wir tatsächlich etwas anderes“, stellte Dejnego fest.

De.sputniknews.com: Russlands Austritt aus dem Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (START-III-Vertrag) als Reaktion auf die von den USA in Osteuropa stationierten neuen Raketenabwehrsysteme ist nicht auszuschließen, wie der Vorsitzende des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates, Viktor Oserow, sagte.

„Zweifellos wäre dies eine äußerste Maßnahme, und ich hoffe, dass es nicht dazu kommen wird. Aber das russische Parlament hatte den neuen START-Vertrag nicht zufällig mit dem Vorbehalt ratifiziert, dass die Stationierung von Elementen des Raketenschildes ein Grund für einen Austritt Russlands aus dem Vertrag werden könne“, äußerte der Senator gegenüber der Agentur RIA Novosti.

Wie Oserow sagte, sind diese „äußersten Maßnahmen“ möglich, sollte Russland sehen,

dass die Stationierung von Elementen des Raketenabwehrsystems „einen irreversiblen Charakter hat und eine reale Bedrohung unserer Sicherheit besteht“.

Die Nato-Pläne zur Stationierung von Abfangraketen in Osteuropa hatte zuvor bereits der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow kommentiert. Wie er sagte, wird Moskau auf die erforderliche Weise reagieren.

Medienberichten zufolge wurde am Donnerstag im südrumänischen Deveselu ein US-Raketenabwehrsystem Aegis Ashore eingeweiht. Es ist das erste Objekt des von den USA geplanten Raketenschildes in Osteuropa, ein zweites soll im Jahr 2018 in Polen folgen. Aus Moskau hieß es mehrfach, dass mit den Elementen des Raketenabwehrsystems eine Militarisierung Südosteuropas betrieben werde, was im Widerspruch zu den Interessen der regionalen Stabilität stehe.

Der Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen wurde im April 2010 in Prag unterzeichnet. Er verpflichtet Russland und die USA, das Arsenal ihrer strategischen Offensivwaffen abzubauen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30729/87/307298799.jpg>

Dnr-online.ru/dan-news.info/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos „Donezk“ der Streitkräfte der DVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Lage in der DVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 108-mal das Territorium der Republik beschossen. Der Gegner schoss 78 Mörsergranaten der Kaliber 82 und 120mm ab. Außerdem wurde mit Panzergeschützen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Die ukrainischen Truppen eröffneten das Feuer auf folgende Ortschaften: Sajzewo, Spartak, Jasinowataja, Dokutschajewsk, Jasnoje, Nikolajewka, Sachanka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirk von Donezk.

Während des Beschusses von Jasnoje gab es Zerstörungen, auf der Tschapajew-Straße 36, 38, 1/1, 3/1 und der Siegesstraße 11.

Die Verantwortung für die Verletzung des Regimes der Feuereinstellung liegt bei den Brigadekommandeuren Schaptala, Shakun, Deljatizkij und Krasilnikow. Alle Angaben über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden an die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und die OSZE-Mission übergeben.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt eine Konzentration von schweren Waffen entlang der Kontaktlinie fest. So im Gebiet der Ortschaften:

Granitnoje, 500 m von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von acht Artilleriegeschützen und sechs Mehrfachraketenwerfern „Grad“ entdeckt;

Nowotroizkoje, 5 km von der Kontaktlinie, es wurde eine Verlagerung von zwei Panzern, einem Mehrfachraketenwerfer „Grad“ und einer Haubitze D-30 festgestellt;

Umanskoje, 15 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von zehn Artilleriegeschützen, fünf Panzern und fünf Haubitzen D-30 registriert.

Im Verlauf der Arbeit der Vertreter der OSZE-Mission auf den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien wurde gemäß dem Bericht für den 11. Mai das Fehlen folgender Waffen an den Abzugsorten festgestellt:

10 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“, 14 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“, 31 T-64-Panzer.

Außerdem wurden von uns Drohnenflüge des Gegners in den Gebieten von Nowolaspa und Belaja Kamenka beobachtet.

Unsere Aufklärung stellt weiter Verbrechen bei den ukrainischen Streitkräften fest. So wurden im Verlauf der Durchführung von Ermittlungen durch eine Kommission vom Stab der operativ-taktischen Gruppe „Mariupol“ bezüglich des Verlusts von Feuerwaffen mit Ladung durch Soldaten des 1. Bataillons der 72. mechanisierten Brigade am 10. Mai neue Fakten der Unterschlagung von Waffen und Munition durch das Offizierspersonal der 72.

mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in besonders großem Ausmaß festgestellt. Als Ursache der deprimierenden Lage in der Brigade nannte die Kommission: das Fehlen von Kontrolle über den Umlauf von Waffen, Munition und Verstöße gegen die Erfordernisse zur Lagerung und Ausgabe der genannten Materialien. Im Zusammenhang damit wurde die Frage der Einleitung von Strafverfahren durch die leitende Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine in Bezug auf eine Reihe von Funktionsträgern der 72. bearbeitet. Aber dies wird durch den Schutz einzelner Kommandeure, die mit dem Diebstahl von Waffen in der Brigade zu tun haben, durch Vertreter der ukrainischen Streitkräfte behindert. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Aufdeckung von Verbrechen aufgrund des Drucks von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes in der ukrainischen Armee ein weiteres Mal gebremst wird.

Außerdem entstand beim Versuch von Vertretern des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die Unterschlagung von Waffen auf unschuldige Soldaten zu schieben, ein ernsthafter Konflikt mit Soldaten der 72. mechanisierten Brigade. Dabei wurde ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine verletzt und mit schweren Körperverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Derzeit werden von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine Maßnahmen zur Auffindung und Bestrafung der beschuldigten Soldaten durchgeführt.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Beschädigung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte durch Soldaten der 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch erhalten. So kam beim Umfahren von Checkpoints des 16. Bataillons im Gebiet von Awdejewka der betrunkene Fahrer mit der Technik vom Weg ab, was zu ihrer Beschädigung führte.

Außerdem wurde von unserer Aufklärung ein Beschuss einer Drohne von Nationalisten im Gebiet von Nowotroizkoje durch Soldaten des 1. mechanisierten Bataillons der 72. mechanisierten Brigade festgestellt. Die Drohne wurde aus Beresowoje im Zusammenhang mit nicht unter den Abteilungen abgestimmten Handlungen abgeschickt. Dies war mit den unkontrollierten Aktivitäten der Radikalen verbunden, deren Ergebnis nicht nur der Abschuss einer Drohne sondern auch der Tod von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ist.

Und zum Abschluss will ich mich noch bei einem weiterem Unsinn der billigen ukrainischen Propaganda aufhalten, die wegen des Fehlens von Fantasie bald beginnen wird Informationen über die Verbreitung von Ebola unter den Soldaten unserer Armee auf der Grundlage „zuverlässiger“ Informationen der unbegabten ukrainischen Aufklärung zu verbreiten.

Ich schlage dem Künstlerkollektiv von Fantasyschreibern aus der Hauptkoordination Aufklärung vor, mehr zu schlafen und weniger Drogen zu nehmen. Und sich auch die Hände zu waschen ehe sie sich ihre genialen Ideen aus den Fingern saugen.

Abends:

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat Juri Luzenko, Fraktionschef des „Blocks von Petro Poroschenko“, zum Generalstaatsanwalt ernannt. Wie ein RIA-Novosti-Korrespondent am Donnerstag aus Kiew berichtete, war Luzenkos Kandidatur zuvor von der Werchowna Rada mit überwiegender Stimmenmehrheit gebilligt worden.

Luzenko war unter Präsident Viktor Juschtschenko 2005 bis 2010 zweimal Innenminister. Im Dezember 2010 wurde er wegen Unterschlagung in besonders hohem Ausmaß verhaftet. Nach zweijährigen Ermittlungen wurde Luzenko zu vier Jahren Haft verurteilt und im April 2013 vom Präsidenten begnadigt.

Luzenko hatte 1989 die Fakultät für Elektrotechnik an der Universität Lwiw abgeschlossen. Nachdem Poroschenko an die Macht gekommen war, wurde Luzenko einer seiner engsten Vertrauten. Damit Luzenko, der keinen Jura-Abschluss hat, Generalstaatsanwalt werden könnte, hatte Poroschenko ein neues Gesetz gebilligt. Der vorherige Generalstaatsanwalt Viktor Schokin trat im März 2016 zurück.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30980/69/309806985.jpg>

De.sputniknews.com: Die Offenlegung von Personalien tausender Journalisten in der Ukraine ist aus Sicht Moskaus ein unverhüllter Appell, mit ihnen abzurechnen. Das erklärte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in Moskau.

Wenn Berichten aus Donbass zur Gefahr wird: Ukrainische Datenliste legt Tausende internationale Kontakte offen.

Dabei vermerke die Website „Mirotworez“ (Friedensstifter), dass es sich bei den Reportern, die in der Donbass-Region gearbeitet hätten oder arbeiteten, um Feinde der Ukraine handele. „Sie, nicht geehrte Organisatoren und Leiter der Website ‚Mirotworez‘, haben keine Ahnung von zivilisierten internationalen Erfahrungen. Sie haben noch einen langen Weg zurückzulegen, um das zu verstehen“, sagte Sacharowa auf einer Pressekonferenz.

Zuvor hatten ukrainische Portale Reporter samt ihren Personalien aufgelistet, die in der Donezker und der Lugansker Republik arbeiten – insgesamt rund 5.000 Namen. Die Anwaltschaft Kiews leitete ein Strafverfahren ein, weil die Veröffentlichung nach Ansicht der ukrainischen Justiz die betroffenen Journalisten an ihren beruflichen Aktivitäten hindert.